

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(27. - öffentliche - Sitzung am 7. Mai 2014)

Beratungsthemen:

1. **Fortsetzung der Unterrichtung durch das Justizministerium über Vorgänge um das Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy**

Der Ausschuss setzte die Unterrichtung fort und führte darüber eine Aussprache.

2. **Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP

Der zunächst von den Fraktionen angekündigte Gesetzentwurf ist nicht eingebracht worden; der Ausschuss setzte diesen Tagesordnungspunkt daher ab.

3. **Beschränkung der anlassunabhängigen Vorratsdatenspeicherung**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/571](#)

Der Ausschuss kam überein, die Beratung des Antrages fortzusetzen, sobald die Bundesregierung einen neuen Gesetzentwurf vorgelegt hat, der die Vorratsdatenspeicherung betrifft.

4. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der EU**

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung über

- a) einen neuen EU-Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips
COM(2014) 158 final
Bundesratsdrucksache 121/14
- b) die EU-Justizagenda für 2020 - Stärkung von Vertrauen, Mobilität und Wachstum in der Union
COM(2014) 144 final
Bundesratsdrucksache 122/14

Der Ausschuss nahm die Unterrichtungen entgegen und führte darüber jeweils eine Aussprache.